

Die A100 zur Klimaautobahn entwickeln

Die CDU Berlin begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, die Planungen für den 17. Bauabschnitt der A100 zwischen den Stadtteilen Treptow und Lichtenberg weiter voranzutreiben. Nur durch den 17. Bauabschnitt wird die Autobahn ihre volle verkehrliche Entlastungswirkung entfalten. Immer wieder haben wir als CDU Berlin darauf hingewiesen, dass der Weiterbau der Stadtautobahn einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr leisten kann. Dass nunmehr offenbar selbst die Grünen in der Bundesregierung zu dieser Einsicht gekommen sind, ist ein deutliches Signal an ihre Parteikollegen auf Landesebene. Die Berliner Grünen machen Opposition gegen die eigene Bundesregierung, die Linkspartei fabuliert gar über rechtliche Schritte, gefragt ist jetzt aber ein konstruktives Miteinander. Der Berliner Senat darf dieses für Berlin so wichtige Infrastrukturprojekt nicht aus ideologischen Gründen sabotieren.

Der Weiterbau der Stadtautobahn ist Bestandteil eines durchdachten, zukunftsfähigen und klimaschonenden Verkehrskonzeptes für die Metropole Berlin. Wir haben die Chance, die A100 zu einer echten Klimaautobahn zu entwickeln und eine dauerhafte Verbesserung der Lebensqualität in den Kiezen zu erreichen. Nicht nur werden zum Zeitpunkt der Fertigstellung vor allem Fahrzeuge mit klimaneutralen Antrieben bzw. Kraftstoffen die Stadtautobahn nutzen. Die Entlastung innerstädtischer Quartiere vom Verkehr und die damit verbesserte Lebensqualität sind ein zusätzlicher Gewinn. Die Schaffung und Aufwertung innerstädtischen Grüns durch Ausgleichsflächen im Rahmen des Autobahnbaus müssen und werden zur Verbesserung des Stadtklimas beitragen. Gleichzeitig sollen mit dem Ausbau der Autobahn verkehrsberuhigende Maßnahmen in den umliegenden Stadtteilen einhergehen, um die gewünschte Entlastungswirkung zu verstärken. Es ist zu prüfen, ob und ggf. wie ein parallel zum 17. Bauabschnitt geführter Radschnellweg zusätzlich in die Planungen integriert werden kann.

Für uns ist selbstverständlich, dass der Ausbau der A100 stadtverträglich erfolgen muss. Für die aktuellen Nutzungen der Flächen müssen frühzeitig Alternativen gefunden und vermittelt werden. Insbesondere Räume der Kreativwirtschaft und der Clubkultur müssen neue, zentrale Standorte erhalten – sie dürfen sie ihrer Existenzgrundlage nicht beraubt werden. Hier steht der Senat in der Pflicht.

Wir fordern die rot-grün-rote Landesregierung deshalb auf, den Weiterbau der A100 nicht weiter zu unterminieren, sondern den Weg der Ampelkoalition im Bund zu unterstützen.